

## The Draghi Report – nahe dem Fatalismus

### Ausgangslage

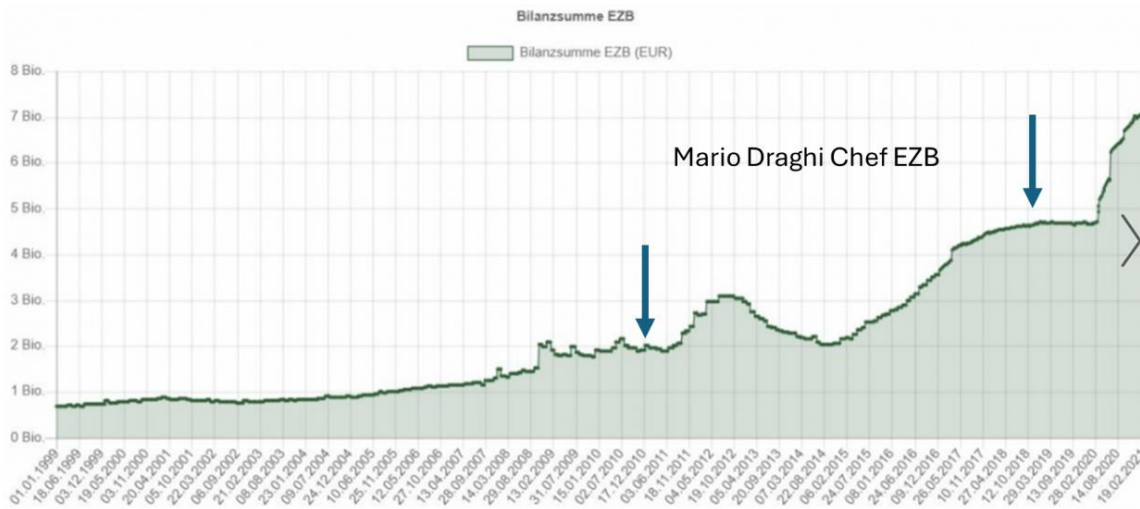
Eitelkeit und Narzissmus dürften die offensichtlichsten Eigenschaften des früheren EZB-Präsidenten und ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi (77) sein. Ebenso bekleidete er in früheren Jahren eine leitende Position bei Goldman Sachs, bevor er das Amt des Gouverneurs der Banca d'Italia übernahm.



In einem NZZ-Artikel «Draghi fordert Milliardenspritze» vom 10.09.2024 werden aktuelle politische Forderungen Draghis mit einer kurzen Würdigung seiner letzten «Verdienste» wiedergegeben. Wobei das Wort «Verdienste» bewusst in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt wurde. Es genügt ein bescheidenes historisches Wissen von seiner Tätigkeit und deren Auswirkungen, um in einen Fatalismus zu verfallen, sollte seinen Forderungen, nach einer weiteren Milliardenspritze, nachgekommen werden. Die Chancen, dass dieser Forderung auf EU-Ebene nachgekommen wird, stehen bei nahezu 100 %. Die Zerstörungskraft der zwei Atombomben im Zweiten Weltkrieg dürfte eine weitaus geringere Wirkung erzielt haben als die Umsetzung dieser Forderungen.

### Retter des Euro

Im NZZ-Artikel vom 10.09.2024 wird Draghi als «Retter des Euro» stilisiert. Während seiner Tätigkeit als EZB-Chef von 2011 bis 2019 dürfte vor allem sein Spruch «Whatever it takes» in die Geschichte eingehen. Damit kündigte Draghi an, dass er alles unternehmen werde, um den Zerfall des Euro zu verhindern. Im Zuge der Griechenlandkrise, welche 2010 ihren Lauf nahm, kam es zu Ängsten, dass bei einem Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro weitere Länder wie Italien folgen könnten. Die Fehlkonstruktion des Euro gab sich in aller Härte zu erkennen. Die allein aus politischem Willen entstandene Gemeinschaftswährung offenbarte die Schwächen, welche von renommierten Ökonomen, wie beispielsweise Professor Hans-Werner Sinn, ehemaligem Präsidenten des ifo Institutes, explizit erwähnt und vorausgesagt wurden. Mit einer verantwortungslosen und präzedenzlosen Geldmengenausweitung (siehe Grafik unten) trat Draghi die Symptombekämpfung des «kranken» Euro an. Man muss hier erwähnen, dass das Konstrukt Euro keine Ursachenbekämpfung zulässt. Es ist fern von jeglichem Realismus, zu glauben, dass in den 20 Ländern, welche den Euro eingeführt haben, eine einheitliche Geldpolitik möglich ist. Das wäre zu vergleichen, als wenn man für 10 Olympiaathleten mit unterschiedlichen Disziplinen ein und denselben Trainingsplan durchführen würde. Es würden alle 10 Teilnehmer eine für olympische Verhältnisse mediokre Leistung erbringen.



(Die Grafik zeigt uns die Ausweitung der Bilanzsumme der EZB während der Regentschaft von Mario Draghi)

Bevor wir auf die Einzelheiten des NZZ-Artikels eingehen, sollen Fakten aufgezeigt werden, welche den Anspruch, dass Draghi den Euro gerettet hat, klar widerlegen. In der folgenden



Grafik ist ein Wechselkurs-Chart CHF/EUR zu sehen. Der Höhepunkt wird Ende 2014 mit 1.20 markiert. Es gilt hier anzumerken, dass der Euro gegenüber dem Franken im Jahr 2007 bei fast 1.70 notierte. Diese Grafik ist kein Hinweis auf eine «Rettung des Euro». Sie ist vielmehr ein

Faktum, dass die Europa- und Geldpolitik in jeglichen Disziplinen versagt haben. Der Euro ist ein Fiebermesser für die missratene Europa- und Geldpolitik, die in den letzten Jahren geführt wurden.

### Draghi Bericht

Während rund eines Jahres arbeitete Mario Draghi mit seinem Team an der Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Das Resultat war, wen erstaunt es, ernüchternd. Europa hinke den USA hinterher, im Besonderen, was die Entwicklung der KI (künstliche Intelligenz) angeht. Draghi und sein Team haben in einem Jahr das herausgefunden, womit die meisten deutschen Kabarettisten und Kabarettistinnen seit Jahren das Publikum erheitern. Bereits eine gelegentliche Lektüre in der Wirtschaftspresse oder das Sich-berieseln-Lassen von öffentlichen, teilweise verzweifelten, Interviews mit Unternehmensführern beweist gebetsmühlenartig, dass dem tatsächlich schon lange so ist. Europa hinke den USA in vielen kompetitiven Aspekten hinterher. Entsprechend fordert Draghi, dass die EU jährlich um die EUR 800 Mrd. zusätzlich in zukunftsweisende Technologien investiert. Die europäische Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Draghi mit den Nachforschungen beauftragt hatte, unterstützt diese Forderung, wenn auch noch hinter vorgehaltener Hand.

## Finanzierung

EUR 800 Mrd. entsprechen, man halte sich fest, 5,5 % des BIP der 27 europäischen Länder (basierend auf BIP-Zahlen von 2021). Man bedenke hier, dass es nur 20 Länder sind, die den Euro führen. Entsprechend wäre der prozentuale Anteil noch grösser.

Woher nehmen, wenn nicht stehlen. Alle EU-Länder sind bis zum Hals verschuldet. Bei vielen Volkswirtschaften der EU ist das Verschuldungsniveau auf weit über 100 % angestiegen. Aufgrund der extrem hohen Inflation hat die Verschuldung relativ zum BIP gesehen in den letzten Jahren abgenommen. Die Verschuldung wird im Verhältnis des nominalen BIP berechnet. Bei einer Inflation von 10 % steigt das nominale BIP entsprechend um 10 %, auch wenn kein Produktivitätsfortschritt stattfindet. Das würde bedeuten, dass beispielsweise auch bei einer Neuverschuldung von 5 % relativ gesehen die Schulden zum BIP abnehmen.

Die Ausgangslage für das zukünftige Handeln der EU ist klar. Bereits die Geburt des Europäischen Wiederaufbaufonds von über EUR 1'000 Mrd. mit der Ermächtigung der Europäischen Kommission, sich im Namen der EU am Kapitalmarkt zu verschulden, führte zu einer Europäisierung der Schulden und somit zu einem Tabubruch, der vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Um der Situation die Dramaturgie zu nehmen, wurde das Projekt mit «temporär» abgeschwächt. Wie wir bald sehen werden, bedeutet das Wort «temporär», bei einer Europäisierung der Schulden, bis in alle Ewigkeit. Dieser Präzedenzfall hat, man könnte sagen, alle Scham verschwinden lassen. Wir dürfen uns sicher sein, dass die Vergemeinschaftung der Verschuldung auf europäischer Ebene in Zukunft kein Novum mehr, sondern die Regel sein wird. Ein weiterer Schuldenaufbau wird nicht mehr die einzelnen Haushalte der Länder betreffen. Somit ist niemand mehr verantwortlich. Alle sitzen im gleichen Boot und werden mit diesem auch untergehen. Die Politik der letzten Jahre, Geld aus dem Nichts zu schaffen und auszugeben, wird ihren anrühigen Charakter verlieren und als normal empfunden werden. Die Konsequenzen daraus werden nicht lange auf sich warten lassen.



## Kosten-Nutzen-Analyse

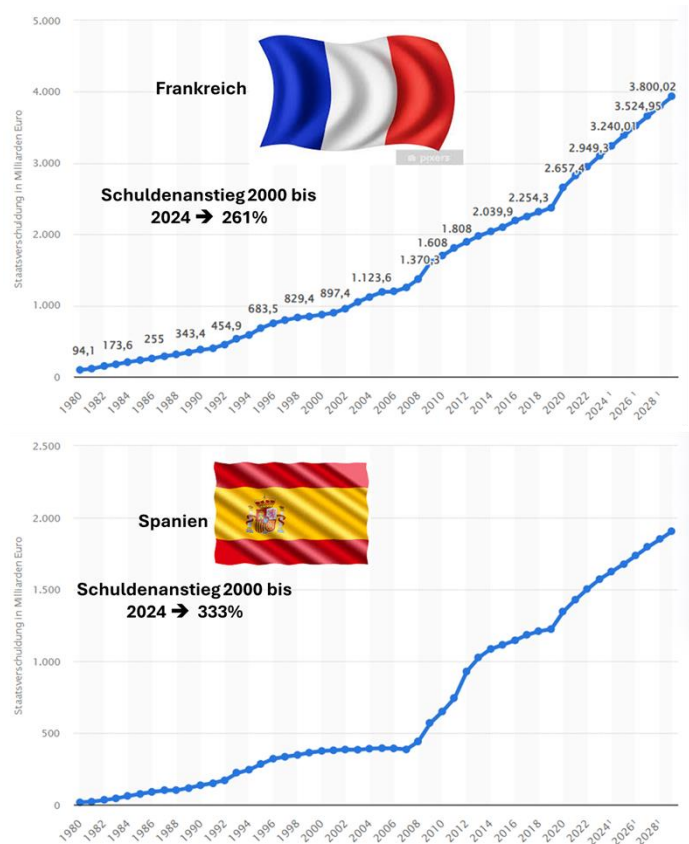
Bevor jedoch die vorgeschlagenen Massnahmen in diesem Beitrag verteuft werden und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, wollen wir uns über Kosten und Nutzen desselben Handelns ein Bild verschaffen und in die Vergangenheit blicken.

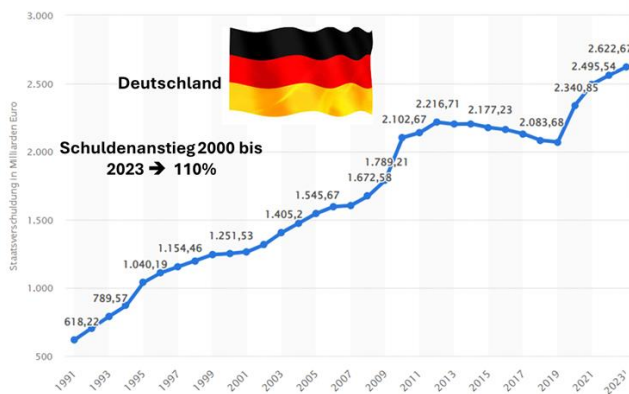
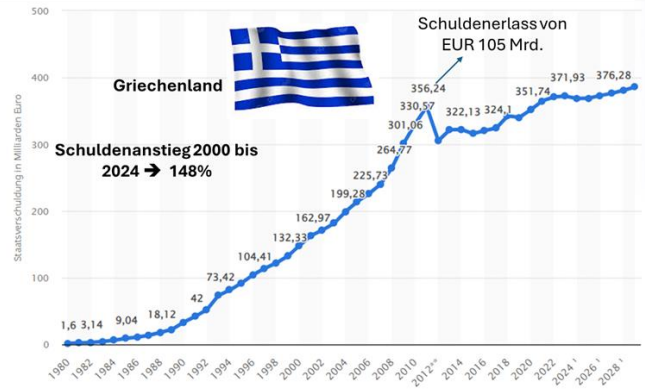
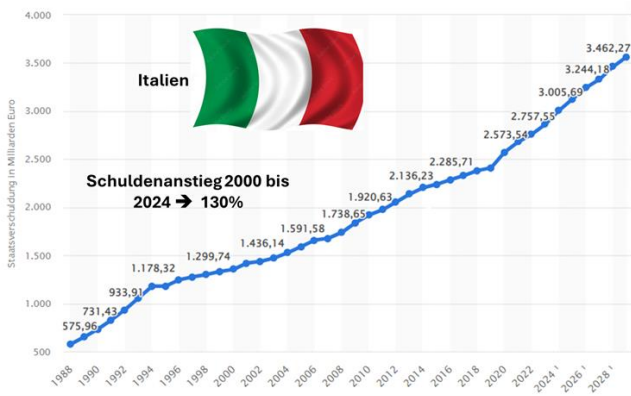
Sinnvollerweise setzen wir die Massnahmen ins Verhältnis zur Wirkung, die dadurch erzielt werden sollte respektive konnte. Die nachfolgenden Grafiken zeigen im Zeitraum von 2000 bis 2024 die Entwicklung der Verschuldung ausgewählter Volkswirtschaften in absoluten Zahlen.

Frankreich (+261 %) und Spanien (+333 %) entpuppen sich als Spitzenreiter, was das Wachstum ihrer Schulden angeht.

Gefolgt von Italien mit einem Schuldenwachstum von +130 % und Griechenland mit einem Schuldenwachstum von +148 %. Bei Griechenland gilt es zu berücksichtigen, dass es im Jahr 2012 zu einem Schuldenschnitt von rund EUR 105 Mrd. kam, was die

Schuldenlast eine kurze Zeit schrumpfen liess. Deutschland präsentiert im positiven Sinne das Schlusslicht mit einem Schuldenwachstum von 110 % (Quelle aller Grafiken: Statista).





Diese riesigen Geldmengen an Verschuldung flossen in irgendeiner Weise in die Wirtschaft. Möglich war diese Verschuldung nur, weil die EZB, wie weiter oben bereits erwähnt, den Markt mit Tausenden von Milliarden Euro aus dem Nichts geschaffenen Geldes versorgte.

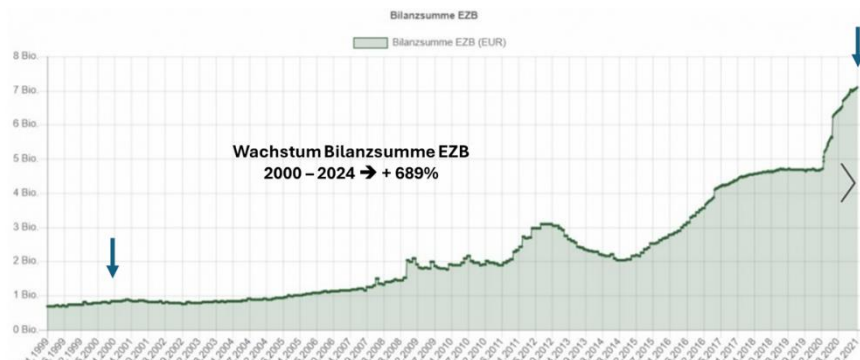
Unten ersehen wir noch einmal die Entwicklung der Bilanz der EZB während des gleichen Zeitraumes. Aus der Grafik

ist ersichtlich, dass die Bilanz der EZB im gleichen Zeitraum um 689 % angewachsen ist.

Vergleichen wir nun das Schulden- und Geldmengenwachstum mit der Entwicklung des BIP während des gleichen Zeitraumes.

Die Tabelle unten zeigt uns das Verhältnis auf.

Um dieser Veranschaulichung etwas

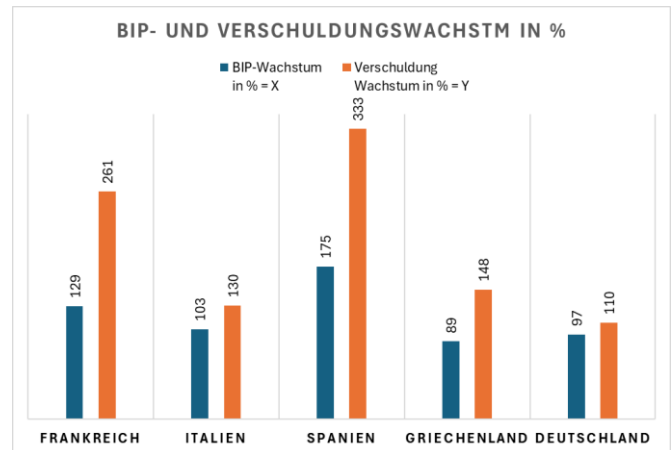


	BIP-Wachstum in % = X	Verschuldung Wachstum in % = Y	Zeitraum	Koeffizient X : Y
Frankreich	129	261	2000 - 2024	0.49
Italien	103	130	2000 - 2024	0.79
Spanien	175	333	2000 - 2024	0.53
Griechenland	89	148	2000 - 2024	0.60
Deutschland	97	110	2000 - 2023	0.88

Dramaturgie zu verleihen, wird in der Tabelle zusätzlich ein Koeffizient dargestellt, welcher das Verhältnis BIP-

Wachstum und Verschuldenswachstum aufzeigt. Nachfolgend zur optischen Optimierung werden diese Zahlen noch grafisch abgebildet. Aus der Tabelle und dem Diagramm ist ersichtlich, dass sich der Koeffizient zwischen 0.45 und 0.88 bewegt. Das bedeutet beispielsweise, dass Frankreich für einen Euro Verschuldung im Durchschnitt EUR 0,45 BIP-Wachstum generierte. Diese Koeffizienten sind ein Anhaltspunkt dafür, wie ineffizient der Staat seine Gelder einsetzt. Frankreich als die «Grande Nation» erweist sich wiederholt als hochineffizient, wenn es um staatlichen Interventionismus geht. Im Jahr 2024 wird für Frankreich mit einem Staatsdefizit von 5,1 % im Verhältnis zum BIP gerechnet. Gleichzeitig

wird ein BIP-Wachstum für das gleiche Jahr von 0,7 % prognostiziert. Weitere Erläuterungen erübrigen sich hier. Auch wenn der Französische Präsident, Emmanuel Macron, es sich zur Chefsache gemacht hat, Frankreich zu einem Silicon Valley zu transformieren (NZZ vom 25.09.2024 Seite 25), wird es darauf hinauslaufen, dass erstens nur wenige Sektoren davon profitieren werden und zweitens es eine Überraschung wäre, wenn sich der oben berechnete Koeffizient wesentlich verbessern würde. Diese langfristige Gegenüberstellung sollte eigentlich klar aufzeigen, dass eine weitere Geldschwemme und Ausgabenexplosion das



Problem nicht lösen, sondern verschärfen werden. Die hohe Verschuldung macht es bereits heute unmöglich, auch nur im Entferntesten an eine Rückzahlung der Schulden zu denken. Die Zinsbelastung steigt von Monat zu Monat. Die EZB versucht mit allen Mitteln, das Zinsniveau am Markt künstlich tief zu halten, damit das Schuldenwachstum durch aufgelaufene Schuldzinsen nicht noch zusätzlich beschleunigt wird. Zusätzlich wird den Haushalten und Unternehmen immer mehr Kaufkraft entzogen. Zum einen durch noch höhere Steuern und Abgaben, zum anderen durch die künstlich erzeugte Inflation.

Die Faktenlage endet hier noch nicht. Schauen wir uns die Entwicklung der Staatsquote während des Zeitraumes 2001–2021 an. Die Staatsquote entspricht dem Anteil der Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP. Nachfolgend ist aus der Quelle Statista zur EU-Kommission die Entwicklung der Staatsquote eindrücklich ersichtlich.

## Staatsquote in der EU liegt über 50 Prozent

Staatsausgaben als Anteil des BIP in der Europäischen Union (in %)



Spanien, Deutschland, Italien, Österreich, Frankreich und Griechenland weisen mittlerweile eine Staatsquote zwischen 51 und 60 % aus. Noch eindrücklicher sind diese Zahlen, wenn man sieht, wo die Staatsquoten vor 20 Jahren standen. Man muss sich hier vor Augen halten, dass diese Quote über Steuern und Neuverschuldung finanziert werden muss.

## USA

Wenden wir uns zum Vergleich kurz den USA zu. Die USA weisen zwischen 2021 und 2024 ein Schuldenwachstum von 530 % aus. Während des gleichen Zeitraumes zeigen die USA ein BIP-Wachstum von 172 %. Dies entspricht einem Koeffizienten von 0.32. Dieser ist noch schlechter als jener der ausgewählten europäischen Volkswirtschaften.

## Zwischenfazit

Eindrücklicher kann die Faktenlage nicht sein. Es zeigt sich eine klare negative Korrelation zwischen Verschuldung, Geldschwemme und wirtschaftlicher Effizienz. Die gedankliche Einbahnstrasse von Mario Draghi ist schlicht nicht nachzuvollziehen. Man will einer Nation nacheifern, die es in den letzten 20 Jahren noch schlechter gemacht hat. Bereits Japan hat uns klar aufgezeigt, dass diese Politik nicht funktionieren kann. Japan betreibt diese Politik bereits seit der Finanz- und Immobilienkrise Anfang 1990.

Man will Alternativen einfach keine Chance geben. Man rennt immer wieder gegen die Mauer, anstatt dass man sie umgeht.

## Flucht aus Europa

Migranten fliehen nach Europa, Unternehmen fliehen aus Europa. Eines der Hauptthemen im NZZ-Artikel vom 10.09.2024 ist die Flucht zahlreicher Unternehmen aus europäischen Volkswirtschaften. Die Gründungen von Start-ups und jungen Unternehmen, die zukunftssträchtige Innovationen hervorbringen, sind gering. Internationale Konzerne verlagern ihre Produktion seit Jahren ins Ausland. Mittlerweile lancieren Regierungen Milliardenpakete, um die abgewanderten Technologien wieder zurückzuholen. Mit Milliarden an Steuergeldern werden Unternehmen Incentive-Pakete angeboten, damit sie in Europa einen Produktionsstandort eröffnen. Ein offensichtlicher Akt der Verzweiflung. Eine Volkswirtschaft mit einem gesunden Staatshaushalt, einer verbindlichen Politik und überschaubaren Regulatorien hat dies schlicht nicht nötig. Aus einem NZZ-Artikel vom 18.09.2024 geht folgende Schlagzeile hervor: «Der Traum vom deutschen Silicon Valley platzt». Dabei geht es um die Errichtung eines Produktionsstandortes für Mikrochips vom Techgiganten Intel in Sachsen-Anhalt (Deutschland). Intel kündigte an, dass sich der Bau aus betriebswirtschaftlichen Gründen verzögert oder allenfalls gar nicht stattfinden wird. Mit EUR 9,9 Mrd. wollte die deutsche Regierung den Techgiganten ködern. Man ging von einem optimistischen Szenario von 3'000 Arbeitsplätzen aus, die dort entstehen sollten. Man rechne und staune. EUR 3'300'000 hätte sich die deutsche Regierung pro Arbeitsplatz kosten lassen. Kann es wirklich sein, dass die zukünftige Wertschöpfung eines Arbeitsplatzes EUR 3'3000'000 wert ist? Spüren sich die Entscheidungsträger überhaupt noch? Mit einem solchen Betrag hätte man 3'000 Start-ups finanzieren können.

Weitere haarstrebende Vorschläge von Experten und Wirtschaftsweisen aus Deutschland sind aus der NZZ vom 08.10.2024 zu entnehmen. Unter dem Titel «Die Anschubsfinanzierung könnte 100'000 neue Arbeitsplätze schaffen» denkt die Bundesregierung laut darüber nach, nicht Arbeitende mit einer Prämie von EUR 1'000 dazu zu animieren, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Das Problem sei, dass das hohe Bürgergeld die Motivation zur Arbeit deutlich schwinden lässt. Mit anderen Worten, man will ein Problem, welches durch die Ausgabe von Steuergeldern verursacht wurde, mit noch mehr Steuergeldern beheben. Angeblich sollen dadurch 100'000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Prognose wird sich genauso falsch erweisen, wie alle anderen Prognosen zuvor. In das gleich Horn blasen die «Wirtschaftsweisen» in der selben NZZ Ausgabe. Sie schlagen Kinderstartgeld vor. Kinder ab 6 Jahren sollen monatlich vom Staat EUR 10 erhalten, damit sie sich daran gewöhnen, an den Finanzmärkten zu investieren. Die Bürger sollen also schon von Kindesalter her mit dem

Zocken vertraut gemacht werden. Den etwas anderes ist es nicht. Man genehme sich meinen Beitrag «Wirtschaftliche Widersprüche im Fokus». Darin werden verschiedene Finanzmarktblasen aufgezeigt und die Konsequenzen eines Platzens derer. Die Finanzmärkte befinden sich weltweit auf einem historischen Hoch. Weit von jeglicher Realität entfernt befinden sich die Marktwerte aufgrund der jahrelangen Geldschwemme der Notenbanken. Bei einem Börsencrash dürfte der Staat dann noch mehr Bürgern unter die Arme greifen müssen, die das Wenige, was sie noch hatten, auch an den Märkten verspielt hätten.

Wie kam es überhaupt so weit, dass jedes Jahr zahlreiche Unternehmen die Flucht antreten? Der politische Drang zur Maximierung des Konsumentenschutzes, Anlegerschutzes, Arbeitnehmerschutzes, Naturschutzes und natürlich des Schutzes der eigenen politischen Stellung hat einen regelrechten Regulierungswahn ausgelöst. Es wird von Wettbewerbsförderung gesprochen, jedes neue Gesetz, das eingeführt wird, und davon gibt es viele, bezweckt genau das Gegenteil. Eine kompetitive Gesellschaft besteht aus vielen kleinen, mittleren und grossen Unternehmen, die in einem echten Wettbewerb zueinander stehen. Es gibt kaum eine Branche, wo kleine und mittlere Unternehmen wegsterben, weil sie die neuen Regulierungen finanziell schlicht nicht stemmen können. Somit sterben die Kleinen weg und die Grossen werden immer grösser. Das schadet dem Wettbewerb. Regulierungen sind für das Nebeneinander in der Wirtschaft absolut notwendig. Es gilt aber, auch hier das Prinzip von Kosten und Nutzen zu beachten. Wir haben einen Zustand erreicht, bei dem der Nutzen der Regulierung nicht etwa einen fallenden Grenznutzen ausweist, sondern einen negativen Grenznutzen verursacht. Die Regulierungsdichte dämpft das Wachstumspotenzial nicht, sondern lässt es nachhaltig schrumpfen. Sogar in der Medizin ist man sich der Kosten-Nutzen-Thematik bewusst. Um ein Beispiel zu nennen. Die KVV/KLV-Revision, welche die Einzelfallvergütung von Arzneimitteln neu regeln soll, stellt Kosten-Nutzen-Kriterien auf, worin die Übernahme der Medikamentenkosten durch die Krankenkassen nur dann erfolgt, wenn die Kriterien einer Kosten-Nutzen-Betrachtung eingehalten werden. Dies erscheint vorerst unmenschlich, soll jedoch den exponentiell anwachsenden Gesundheitskosten entgegenwirken. Wenn bei der Gesundheit eine Kosten-Nutzen-Überlegung angedacht wurde, weshalb dann nicht auch in der Anwendung von Regulatorien?

Ein weiterer Fluchtfaktor sind die Unternehmens-, Einkommens- sowie Mehrwertsteuersätze. Diese haben ein Niveau erreicht, dass Wirtschaft und Bürger viel Zeit und «Geld» zur Steueroptimierung investieren und man zur Schwarzarbeit oder Abwanderung geradezu genötigt wird. Die nachfolgende Tabelle zeigt uns eine Übersicht über ausgewählte Volkswirtschaften. Es ist hier zu erwähnen, dass jeweils die Höchststeuersätze aufgeführt

Land	Körperschaftssteuer in %	jeweils	jeweils	
		Spitzensteuersätze	Höchstsätze	
		Einkommenssteuer in %	Mehrwertsteuer in %	
Deutschland	29.94	50.5	19	inkl. Solidaritätszuschlag
Italien	27.81	43	22	
Frankreich	25.83	45	20	
Spanien	25	54	21	
Griechenland	22	44	24	
Portugal	31.5	53	23	inkl. Solidaritätszuschlag
Niederlande	25.5	49.5	21	
USA	25.77	36.8	7.25	

werden. Dies macht durchaus Sinn, da es uns einen Eindruck gibt, wie Gutverdienende zur Kasse gebeten werden. Die Unternehmenssteuersätze liegen zwischen 22 und 31,5 %. Die Einkommenssteuern variieren zwischen 36,8 % (USA) und 54 %

(Spanien). Die Konsumsteuer (Mehrwertsteuer) liegt in Europa zwischen 19 und 24 %. Die USA liegen mit 7,25 % im unteren Bereich. Es fällt nicht schwer, nachzuvollziehen, weshalb vor allem bei Lohnempfängern im oberen Segment und Unternehmen diese Sätze prohibitiv respektive abschreckend wirken.



## AI/KI (künstliche Intelligenz)

Gemäss dem NZZ-Artikel hinkt Europa den USA auch in Sachen KI hinterher. Dies scheint in Brüssel die grosse Panik auszulösen. KI als die Lösung aller Probleme. KI als das Manna der Zukunft. Ist es wirklich so, dass Algorithmen unsere Zukunft retten? Ähnliches wurde damals bei der Geburt des Internets in den 90er-Jahren proklamiert. Im Nachhinein legte sich die Euphorie rasch, als man feststellen durfte, dass das Internet den Menschen nicht abschafft und auch nicht nur Vorteile brachte. Wird dies bei der KI anders sein? Ich bin der Überzeugung, dass die KI nicht unsere Probleme löst, sondern die Nachteile die Vorteile überwiegen werden. Es sei hier erwähnt, dass man bei diesem Punkt kontroverser Meinung sein darf, da wir hier noch keine ausreichende Faktenlage haben, die uns eine objektive Schlussfolgerung erlaubt. Was wir aber mit Sicherheit bereits sagen können, ist, dass mit KI die Cyberkriminalität in der Wirtschaft, Politik und im Militär potenziert wird. Ebenso können durch die KI Fake News unbegrenzt produziert und verbreitet werden. Medienschaffende setzen KI sehr innovativ ein. Sie kreieren beispielsweise durch KI digitale Probanden mit Bild, die dann zu einer Befragung Aussagen machen. Für den Leser ist es praktisch unmöglich, zwischen echten und KI-generierten Interviews/Umfragen zu unterscheiden. Die weltweite Verknüpfung über unzählige Social-Media-Plattformen und immer effizientere Endgeräte wird die Erdbevölkerung im digitalen Müll ertrinken lassen. Wer weiss, vielleicht schafft die KI den Menschen ab. Zumindest kann davon ausgegangen werden, dass die kognitiven Fähigkeiten des Menschen den Zenit überschritten haben und sich gerade wegen KI beschleunigt talwärts bewegen.

## Next Generation EU



2021 wurde der Europäische Wiederaufbaufonds gegründet (siehe auch weiter oben). Damit wollte Brüssel durch die Vergemeinschaftung der Staatsschulden ein weiteres Billionenpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft lancieren. Ursula von der Leyen kündigte damals euphorisch an, dass Europa in Zukunft massiv in die 5G-Technologie investieren wird. All die Probleme, welche durch den unsinnigen Lockdown verursacht wurden, werden also durch 5G gelöst werden. All diejenigen Menschen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben oder krank geworden sind, weil sie während Monaten eingeschlossen oder diffamiert wurden, oder all die Jugendlichen, die wahrscheinlich bis an ihr Lebensende psychiatrisch behandelt werden müssen, weil man sie eingeschlossen hatte, dürften sich hier in grosser Euphorie schwelgen. Ja, denn 5G lässt noch schneller im Internet surfen. Die heutige Generation hat mit 5G die Möglichkeit, sich ins Delirium zu surfen. Das wird uns sicher aus der Misere helfen.

## Schlussfazit

Die Faktenlage könnte noch lange weitergeführt werden. Sollten noch Zweifel gehegt werden über den Nutzen vergangener und zukünftiger staatlich induzierter Geldschwemmen, dann helfen auch keine weiteren Argumente mehr. Dann will man einfach an das glauben, woran man bis heute geglaubt hat. Es kann auch sein, dass man sich nicht eingestehen will, sehr lange falschgelegen zu sein. «Regret avoidance» nennt man dieses Phänomen in der Psychologie. Oder man gehört zu denjenigen, die vom System, zurzeit zumindest, kräftig profitieren und keinerlei Einsicht erkennen lassen, dass es nachdrücklich an der Nachhaltigkeit fehlt. Die Politik der Dauerstimulierungspakete auf staatlicher Ebene hat und wird nicht funktionieren. Nicht in diesem Ausmass und nicht, wenn parallel dazu extrem wirtschaftsunfreundliche Massnahmen (Regulierung, Steuern) in gleichem Ausmass produziert werden. Gasgeben und gleichzeitig Bremsen funktioniert halt nicht. Das politische Agieren führt zu einer Selbstbeschleunigung. Jede neue Regierung muss noch mehr

Sozialleistungen versprechen als die vorhergehende. Vaterschaftsurlaub, bedingungsloses Grundeinkommen, tieferes Rentenalter, höherer Arbeitnehmerschutz. Die Liste kann beliebig ergänzt werden. Jede Regierung, mit noch so marginalen Ambitionen zu einer echten Kehrtwende wie beispielsweise der Erhöhung des Rentenalters, wird erleben, dass die Folgeregierung dies postwendend wieder rückgängig machen wird, so, wie sie es in ihrem Wahlversprechen antizipieren liess.

Frustrierend ist, dass Menschen die Misere induzieren, welche sie schlussendlich nicht ausbaden müssen. Die nächste Generation wird dies tun müssen. Wie in vorhergehenden Beiträgen kann hier nur wiederholt werden, dass die Schulden- und Geldmengenexplosion sowie die Grösse des Staatsanteiles an der Wirtschaftsleistung nur in einer Inflation münden können. Daraus werden Armut und sozialer Unfrieden resultieren. Dies wiederum wird, wie die Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, ein Nährboden für politische Extremis sein. Was dies bedeutet, zeigt uns wiederholt die Geschichtsschreibung. Es gilt als sicher, dass diese Zeit in die Geschichts- und Ökonomiebücher der Zukunft eingehen wird. In den letzten Jahrzehnten, im Speziellen dem letzten Jahrzehnt, wurde so viel Anschauungsmaterial produziert, dass man in Zukunft an den Hochschulen kopfschüttelnd zurückblicken und sich fragen wird, wie dies möglich gewesen sein kann. Das Traurige daran ist jedoch, dass man auch in Zukunft nichts daraus lernen wird. Wird dies das Ende unserer Kultur sein?

Wie erging es anderen Hochkulturen? Laut Oswald Spengler (1880–1936) haben sich im Laufe der Menschheitsgeschichte bisher acht Hochkulturen entwickelt: die ägyptische, die babylonische, die indische, die chinesische, die antike, die frühchristlich-byzantinisch-arabische, die mexikanische und die westeuropäische (abendländische).

Auch diese haben sich jeweils selbst abgeschafft.

### Handlungsempfehlung

Vor 20 Jahren wäre es noch möglich gewesen, griffige und realistische Handlungsempfehlungen aufzuzeigen. Diese Zeiten sind vorbei. Die Überdosis an Regulierung und Verschuldung hatte einen weiteren Nebeneffekt. Die Resilienz des Bürgers ist kaum noch vorhanden. Wenn der Staat bei jeder Bodenwelle eingreift, dann verliert der Mensch jegliche Selbstständigkeit und Selbstverantwortung. Wir sehen dies darin, dass bei jeglichem Vorfall gleich nach dem Staat gerufen wird. Die Eigeninitiative existiert nicht mehr. Oder anders gesagt, sie lohnt sich nicht mehr. Würde der Staat heute sinnvolle Massnahmen einleiten, dann würde das Vorhaben am Widerstand des Volkes scheitern. Sie sind es schlicht nicht mehr gewohnt, auf eigenen Beinen zu stehen, und sehen es als ihr gutes Recht, all diese Leistungen vom Staat zu erhalten. Deshalb verlieren sich die Politiker mit grosser Vorliebe in Randdebatten, die sich fast ausschliesslich um Minderheiten im 0,0...-Prozent-Bereich drehen. Bewegende Themen sind heute die Gendergerechtigkeit, welche wirklich bis zum Absurdum geführt wird; die Möglichkeit, ohne zu arbeiten Geld vom Staat zu erhalten (Bürgergeld); dass an den Seen vom Staat Duschen zur Verfügung gestellt werden; Sonnenschutzcreme soll den Bürgern gratis abgegeben werden; Vaterschaftsurlaub, welcher wieder Unsummen verschlingt usw. Eigentlich könnte man meinen, dass es uns sehr gut geht, wenn wir uns um solche Probleme kümmern können.

Die Lösung kann nur im einzelnen Individuum gefunden werden. Wer weitsichtig handelt, wird sich für das Kommende entsprechend positionieren. Problematisch ist hier, dass wiederum die Wohlhabenden, sofern sie richtig handeln, die grössten Chancen haben, dass sich ihre Vermögen substanziell nicht ganz auflösen. Es lohnt sich, sich diesbezüglich Gedanken zu machen oder allenfalls beraten zu lassen. Der nächste soziale, wirtschaftliche und politische Rücksetzer kommt ganz gewiss. Wann genau, kann man nicht sagen. Meine Vermutung ist, dass es in den nächsten 5 bis 10 Jahren geschehen wird. In diesem Zusammenhang empfehle

ich, folgende meiner Beiträge zu lesen, worin ich ausführlich auf die Signale hindeute, die dieses Szenario unterstützen:

- Wirtschaftliche Widersprüche im Fokus
- Der Gold-Report
- Fünf nach zwölf
- Staatsverschuldung Endgame
- Ghettojournalismus

